

Beschluss Nr. 4

Klare Kante gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus!

Wir stehen für eine offene und pluralistische Gesellschaft ein.

Mit großer Sorge verfolgen wir den zunehmenden Rechtsruck in Deutschland: Fälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nehmen zu und rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien verzeichnen steigende Stimmanteile bei Wahlen und Umfragen. Nicht nur die massive Zahl antisemitischer Straftaten der letzten Monate hat auf erschütternde Art und Weise gezeigt, wie weit verbreitet Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland sind. Gleichzeitig debattieren Vertreter*innen von im Bundestag vertretenen Parteien darüber, Millionen Menschen zu vertreiben und schüren Hass. Als Katholische Landjugendbewegung (KLJB) möchten wir eine offene und pluralistische Gesellschaft mitgestalten und in unserem Verband Solidarität, Vielfalt und Toleranz leben. Die KLJB ist bunt! Formen von Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit und Hass haben in der KLJB keinen Platz und wir treten ihnen entschieden entgegen. Als demokratischer Jugendverband sind wir Werkstatt sowie Lern- und Einübungsort für Partizipation und ein Aushandeln und konstruktives Streiten um Positionen auf Augenhöhe. In der KLJB ist jeder Mensch in seiner Vielfältigkeit willkommen.

Als KLJB fordern wir:

- **von der Bundespolitik** eine konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten sowie eine Stärkung der Präventionsmaßnahmen gegen extremistische Ideologien. Alle rechtsstaatlichen Mittel einer wehrhaften Demokratie müssen konsequent genutzt werden. Zudem appellieren wir an die politischen Entscheidungsträger*innen, demokratische Bildung stärker zu fördern. Dazu müssen auch die Fördermittel für Jugendverbände und -einrichtungen erhöht werden. Jugendverbände brauchen eine bedarfsgerechte und planbare Ausstattung, um ihren wichtigen gesellschaftlichen und demokratischen Aufgaben nachkommen zu können. Hierzu muss neben der Projektförderung auch eine bessere strukturelle Förderung von Jugendverbänden sichergestellt werden. Außerdem dürfen die Mittel der Bundeszentrale für Politische Bildung nicht gekürzt werden. Um echtes demokratisches Lernen in schulischer Bildung zu ermöglichen, muss Demokratiebildung und demokratisches Denken prägender in Lehrplänen und in der Schulgesetzgebung verankert werden. Zusätzlich muss in Lehrplänen ein stärkerer Fokus auf Medienkompetenz gelegt werden, damit Schüler*innen lernen, Fake News und Hetze besser zu erkennen. Zuletzt, aber nicht weniger wichtig, fordern wir eine Wahlalterabsenkung auf 14 Jahre für alle Wahlen von Kommunal-, über Landes- und Bundes- bis zur Europaebene, um jungen Menschen eine stärkere politische Mitbestimmung zu ermöglichen.¹
- **kirchliche Entscheidungsträger*innen** dazu auf, konsequent gegen jegliche Form von Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Intoleranz Stellung zu beziehen und ihr eigenes Handeln an dieser Forderung auszurichten. Wir begrüßen und unterstützen daher die Erklärung der deutschen Bischöfe vom 22. Februar 2024, in der sich die Bischöfe klar von Rechtsextremismus und rechtsextremen Parteien distanzieren und klarmachen, dass Völkischer Nationalismus und das christliche Gottes- und Menschenbild unvereinbar sind.² Wir erwarten, dass die Kirche sich aktiv für gesellschaftlichen Dialog und die Vermittlung von

¹ Siehe dazu auch den Beschluss des KLJB-Frühjahres-Bundesausschusses 2021: „Wahlalter auf 14 Jahre senken: Junge Menschen haben ein Recht auf Mitbestimmung.“ auf: www.kljb.org/wpcontent/uploads/2021/07/Beschluss-Nr.-1-Wahlalter-auf-14-Jahre-senken_web.pdf

² 2023-023a-Anlage1-Pressericht-Erklärung-der-deutschen-Bischöfe.pdf (dbk.de)

Werten der Nächstenliebe und Solidarität einsetzt. Im Rahmen der Synodalversammlung wurde im Grundtext „Macht und Gewaltenteilung in der Kirche“, Teil II, 7.1 (65) beschlossen, dass es in Zeiten, in denen „populistische Bewegungen den Pluralismus negieren, sich zu Sprechern eines ‚wahren Volkes‘ gegen ‚die Eliten‘ aufspielen und, alle Personen, Gruppen, Gesellschaften und Regierungen ausgehend von einer Schwarz-Weiß-Einteilung klassifizieren“ (Papst Franziskus) [darum geht,] die Demokratie und ihre Institutionen zu verteidigen, nicht aber darum, das Leitbild der Demokratie zu relativieren.“ Um ein demokratieförderliches Klima zu schaffen und authentisch für Demokratie einzustehen, müssen auch Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den kirchlichen Strukturen und Rechtsvorhaben dringend aufgegeben werden.

- **die Zivilgesellschaft** dazu auf, sich aktiv Diskriminierung, Hass und Vorurteilen entgegenzustellen. Rechtspopulistische Argumentationsstrategien sind meistens antidemokratisch, antipluralistisch und menschenfeindlich und berufen sich oft auf Verschwörungserzählungen. Rechtsextreme Positionen steigern dies noch, indem sie offen systemfeindlich auftreten. Wir müssen gemeinsam Haltung zeigen und für die Demokratie und gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen einstehen. Es gilt rechtspopulistische Aussagen nicht unwidersprochen stehen und in die Gedanken der Umstehenden einsickern zu lassen.

Als KLJB verpflichten wir uns zudem dazu, aktiv gegen rechtsextreme Tendenzen in der Gesellschaft aber auch innerhalb unserer eigenen Strukturen vorzugehen und für die Demokratie einzustehen. Dazu gehört für uns auch, unsere eigenen Strukturen auf die Reproduktion von Diskriminierungsformen zu hinterfragen und die KLJB zu einem pluralen Verband zu machen, der ein noch authentischerer Begegnungsraum für verschiedenste junge Menschen werden kann. Bei der Moderation und Gestaltung unserer Social-Media-Kanäle gehen wir gegen rechtsextreme Hetze und Diskriminierung vor. Wir positionieren uns auch aktiv in den sozialen Medien für Demokratie und gegen Rechtspopulismus und -extremismus. Außerdem stellen wir eine Unvereinbarkeit der Verbreitung rechtsextremer Ideologien mit der Übernahme von Ehren- oder Hauptämtern in der KLJB fest. Um der Verbreitung rechtsextremer Ideologien entgegenzuwirken, geben wir bei den Veranstaltungen und Formaten des KLJB-Bundesverbandes rechtsextremen Parteien und Organisationen sowie deren Vertreter*innen keine Bühne, denn sie möchten keinen sachlichen Dialog führen, sondern nur polarisieren. Wir grenzen uns entschieden von rechtsextremen und menschenfeindlichen Parteien und Organisationen ab. Konkret heißt das:

- Wir laden keine Vertreter*innen dieser Parteien zu unseren Veranstaltungen ein.
- Wir nehmen nicht an Veranstaltungen dieser Parteien teil.
- Wir prüfen die Teilnahme an Veranstaltungen dritter, bei denen Vertreter*innen dieser Parteien und Organisationen teilnehmen.

Alle KLJB-Strukturen sind aufgerufen, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen.

Als KLJB-Bundeverband werden wir gemeinsam mit der Akademie Junges Land Bildungsmaßnahmen anbieten, die Werte der Toleranz und Solidarität vermitteln, sowie die Sensibilität unserer Mitglieder für die Gefahren rechtsextremer Ideologien stärken und sie empower, aktiv gegen diese vorzugehen. Auch Bildungsformate zum Erkennen von und zum Umgang mit Hetze und Stammtischparolen sollen KLJB-Mitglieder stärken. Dies ist eine gesamtverbandliche Aufgabe. Um alle Mitglieder zu erreichen, ist es daher notwendig, dass auf allen KLJB-Ebenen diese wichtigen Themen in der Bildungsarbeit aufgegriffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde mit 70 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen beschlossen.